

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Die 43. Internationale Arbeitskonferenz

Während des Monats Juni tagte in Genf die 43. Internationale Arbeitskonferenz, das höchste Organ der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Trotz zeitraubender politischer Auseinandersetzungen über die Zulassung der osteuropäischen „Unternehmer“-Vertreter zu den Kommissionen und über die Rechtmäßigkeit der Vollmachten der gesamten ungarischen Delegation leistete die Konferenz fruchtbare Arbeit.

Eine neue Konvention über das Mindestalter für *Fischer* wurde angenommen, die festlegt, daß Kinder unter 15 Jahren während der Schulferien von Fall zu Fall an der Arbeit an Bord von Fischerbooten teilnehmen dürfen; unter gewissen Voraussetzungen werden nationale Gesetze geduldet, welche das Mindestalter für diese Erwerbstätigkeit auf mindestens 14 Jahre festsetzen. Eine weitere Konvention verlangt, daß niemand ohne Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses über einwandfreien Gesundheitszustand auf Fischerbooten zur Arbeit zugelassen werden darf; für Personen unter 21 Jahren muß das Zeugnis jährlich erneuert werden. Die Konvention über den Arbeitsvertrag sieht zugunsten der Fischer den Abschluß von Arbeits- und Dienstverträgen vor, wie sie in der Handelsmarine bereits üblich sind.

Eine von der Konferenz oppositionslos gutgeheißenene Empfehlung über den *ärztlichen Dienst in den Betrieben* umschreibt seine Aufgaben folgendermaßen:

— den Arbeiter gegen jede Gesundheitsgefährdung schützen, die durch die Arbeitsverhältnisse bedingt ist;

— dazu beitragen, daß dem Arbeiter die für ihn passende Arbeit und jeder Arbeit die dafür am besten geeigneten Arbeiter zugewiesen werden;

— für einen möglichst hohen Grad körperlichen und geistigen Wohlbefindens der Arbeiter sorgen.

Die ärztlichen Dienste sollen eine vorwiegend präventive Rolle spielen. Die Ärzte müssen von Unternehmern und Arbeitern völlig unabhängig sein und sollten über eine besondere Ausbildung in Fragen der Arbeitsmedizin verfügen. — Es soll geprüft werden, eine verbindliche Konvention über den Aufbau der ärztlichen Dienste in den Betrieben auszuarbeiten.

Die Konferenz hat Vorentwürfen einer Konvention und entsprechender Empfehlungen über den *Schutz der Arbeitnehmer gegen radioaktive Strahlung* zugestimmt. Die beiden Dokumente enthalten eine Aufzählung der Arbeiten, die mit der Gefahr radioaktiver Bestrahlung verbunden sind, nennen die höchstzulässige Strahlungsmenge und postulieren verschiedene Kontroll- und Schutzmaßnahmen.

Ein Vorentwurf einer Empfehlung über die Zusammenarbeit der staatlichen Organe mit den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter sieht die Einführung von Organen der gegenseitigen Konsultation und der Zusammenarbeit vor, die auf nationaler Ebene oder auf der Stufe ganzer Industrien entwickelt werden sollen, um die wirtschaftliche Tätigkeit im allseitigen Interesse zu fördern. Ein endgültiger Beschluß soll bei der nächstjährigen Konferenz gefaßt werden.

Eine Kommission unterbreitete der Konferenz eine Reihe von Vorschlägen, die sich mit den *Arbeitsbedingungen der kaufmännischen und technischen Angestellten* beschäftigen. Bevor zur Ausarbeitung entsprechender Konventionen geschritten werden kann, wird die

Durchführung verschiedener Studien als nötig erachtet, so zum Beispiel über die Auswirkungen der Mechanisierung und Automation in den Büros, über die Anwendung der Normen des internationalen Arbeitsrechtes auf die Angestellten usw.

In einer Entschließung weist die Konferenz darauf hin, daß die Arbeitnehmer immer noch verschiedenen *Berufskrankheiten* unterworfen sind, zu deren Überwindung die aktive Mitwirkung der Weltgesundheitsorganisation nötig ist. Ferner begrüßt die Konferenz die Schaffung eines internationalen Informationszentrums für Arbeitsschutz und -hygiene in Genf, das unter der Leitung des Sekretariates der IAO arbeiten wird.

Nun kurz zu den *Streitfragen* der Konferenz.

Seit einigen Jahren hat sich die Unternehmergruppe innerhalb der IAO geweigert, Unternehmervertreter osteuropäischer Staaten in Kommissionen abzuordnen, da sie ihnen die Fähigkeit absprach, den Unternehmerstandpunkt wahrzunehmen. Um die sich daraus ergebenden Konflikte beizulegen, beschloß die Konferenz, daß jeder Delegierte, der in einer Kommission mitzuarbeiten wünscht, dazu ohne weiteres berechtigt sein soll, aber ohne Stimmrecht. Die Kommissionen setzen sich also künftig aus Vollmitgliedern und solchen mit beratender Stimme zusammen. Fühlt sich ein Delegierter in seinen Rechten verletzt, hat er die Möglichkeit, an ein Rekurskomitee zu gelangen, das sich aus A. E. F. Sandström (Schweden, ehemaliges Mitglied des Obersten Gerichtshofes), Caracciolo Parra-Perez (Venezuela, ehemaliger Außenminister) und M. K. Vellodi (Indien, Botschafter in der Schweiz) zusammensetzt. Dieses Rekurskomitee schützte nun den Protest von zehn osteuropäischen Unternehmervertretern, denen die Unternehmergruppe das Recht streitig machte, als vollberechtigte Kommissionsmitglieder zu wirken. Daraufhin erklärte der Präsident der Unternehmergruppe, daß er und seine Kollegen nicht mehr an den Kommissionsarbeiten mitwirken könnten. . . .

Andererseits weigerte sich die Konferenz, die Mandate der ungarischen Delegierten anzuerkennen. Bemerkenswert ist ferner die Feststellung der Mandatsprüfungskommission, daß auch die französische Confederation Generale du Travail (kommunistischer Tendenz) als größte Gewerkschaftsorganisation das Recht haben sollte, turnusgemäß den französischen Arbeitervertreter zu bezeichnen. Ferner dauert die Kommission, daß der „Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften“, der die einzige wirklich vielrassige gewerkschaftliche Organisation dieses Landes ist, von der Regierung bei der Nomination des Arbeitervertreters übergangen wurde.

Diese wenigen Hinweise auf die dornenvolle Tätigkeit der Mandatsprüfungskommission zei-

gen das ehrliche Bemühen, in unparteiischem und sachlichem Geiste den Grundsätzen der IAO nachzuleben.

Der Generaldirektor der IAO, *D. A. Morse*, warnte in seiner Schlußansprache: „Seit der Schaffung unserer Organisation haben wir schreiendes Elend und unzählige Schwierigkeiten entstehen sehen, die vor vierzig Jahren niemand vorausahnen konnte und die verlangen, daß wir handeln. *Wir müssen gemeinsam handeln*, wenn wir das Vertrauen, das die Völker in uns setzen, nicht verraten wollen.“

12. Welt-Gesundheitskonferenz

Die Weltgesundheitsorganisation (WGO), eine Spezialorganisation der UNO, leistet mit ihren Kampagnen zur Eindämmung oder Ausrottung der großen ansteckenden Krankheiten einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den wirtschaftlich schwachen Ländern. Der oft gehörte Einwand, die WGO trage wider Willen zur Verschärfung der Ernährungslage bei, indem sie die Sterblichkeitsrate senke, ist indirekt ein überzeugender Beweis für die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit. Wenn es auch durchaus zutrifft, daß das sprunghafte Ansteigen der Bevölkerungszahlen vor allem in Asien und Afrika äußerst schwierige Probleme aufwirft, so ist es aber ebenso wahr, daß von Krankheiten niedergedrückte Völker niemals die Kraft aufbrächten, ihr Leben dem Stand der modernen Zivilisation anzugleichen. Die WGO spielt somit eine eminent soziale Rolle, die noch dadurch besonders unterstrichen wird, daß dem Aufbau leistungsfähiger Gesundheitsdienste größte Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die kürzlich in Genf abgehaltene 12. Welt-Gesundheitskonferenz hat das Programm der WGO für das Jahr 1960 bereinigt und einem Budget von beinahe 17 Millionen Dollar zugestimmt. Das Programm umfaßt die Bekämpfung der großen ansteckenden Krankheiten, wie Tuberkulose und Lepra, wie auch die Kampagnen zur gänzlichen Ausmerzungen der Malaria und der Pocken. Es sieht auch eine verstärkte Tätigkeit auf dem Gebiete der Virus-Krankheiten, der Ernährung und der Gesundheitsstatistik vor. Die Aktionen hinsichtlich Quarantäne-Vorschriften, die Standardisierung der Medikamente und der Ausbildung von sanitärem Personal werden weitergeführt.

Drei neue Themen standen im Mittelpunkt der Debatten. Die WGO will ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und medizinischen Forschung beträchtlich verstärken, um die Lücken in der Koordination und der Zusammenarbeit zwischen den Forschern der ganzen Welt zu schließen. Vorrang genießen die Forschungen über die ansteckenden Krankheiten, die Häufigkeit der Herzerkrankungen und der Krebs. Für diese Aufgaben wurden zwei Millionen Mark bewilligt. Gleich-

zeitig wurde ein Fonds zur zusätzlichen Finanzierung dieses Programms geschaffen, der mit freiwilligen Spenden gespeist werden soll.

Auf dem Gebiete der Verbesserung der sanitären Verhältnisse wird größtes Gewicht auf die Beschaffung sauberen Wassers in ausreichender Menge für alle Bevölkerungen gelegt. Die Regierungen werden aufgefordert, zur Erreichung dieses Zieles keine Anstrengungen zu scheuen. Die WGO wird die Durchführung dieses Planes leiten und technische und beratende Dienste leisten. Sauberes Wasser ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Schutz und die Verbesserung der Gesundheit wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zahlreicher Völker.

Im Laufe der letzten drei Jahre wurden 56 Länder von Pockenepidemien heimgesucht, einer Krankheit, die mittels Massenimpfungen endgültig ausgerottet werden kann. Es wurde deshalb beschlossen, sich nicht mehr mit Teilaktionen zu begnügen, sondern eine energische Kampagne einzuleiten, um die Welt von dieser Geißel für immer zu befreien. Es ist ein bezeichnender Anachronismus, daß die Pocken anderthalb Jahrhunderte nach der Entdeckung des entsprechenden Impfstoffes immer noch auftreten!

Mit Befriedigung wurde festgestellt, daß das Programm für die Ausmerzung der Malaria zwar gute Fortschritte gemacht hat, aber der Mangel an Geldmitteln stellt die Weiterführung der Kampagne im Jahre 1960 in Frage, wodurch die bereits von Malaria befreiten Gebiete (mit zusammen 300 Millionen Einwohnern) erneut bedroht werden. An die Regierungen und privaten Organisationen wird der dringende Appell gerichtet, die benötigten Mittel rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Sie sind außerordentlich bescheiden im Vergleich zu den Verlusten, die in Kauf genommen werden müssen, wenn die Malaria nicht bald überwunden werden kann.

Die Konferenz hat ferner beschlossen, in Genf für die WGO ein eigenes Gebäude zu errichten, wofür die Schweiz ein geeignetes Gelände und ein Darlehen von 30 Millionen Franken zur Verfügung stellt.

Konferenz der Elektroniker

Die UNESCO veranstaltete im Juni in Paris die erste internationale Konferenz von Spezialisten für elektronische Rechenmaschinen. Sie vereinigte 2000 Wissenschaftler aus 37 Ländern des Westens und des Ostens.

Die Geschichte der elektronischen Rechenmaschine ist erst ungefähr zwölf Jahre alt, aber die Technik hat derart enorme Fortschritte gemacht, daß die eingeweihten Kreise von einer sozialen Revolution sprechen, die durch diese Maschine hervorgerufen werde.

Der stellvertretende Generaldirektor der UNESCO, *René Maheu*, erklärte: „Man kann

nicht einmal behaupten, daß diese Maschinen Personal überflüssig machen, denn sie erlauben Operationen, die sonst in Anbetracht des unermesslichen Arbeitsaufwandes niemals durchgeführt werden könnten. Die intellektuelle Kraft des Menschen wurde auf diese Weise in außerordentlichem Maße verstärkt, indem ihr nun unerschöpfliche Gedächtnisse, die in Sekundenschnelle befragt werden können, zur Verfügung stehen.“

Prof. *Howard H. Aiken* von der Harvard-Universität, einer der Erfinder der Maschine, nannte folgende Anwendungsgebiete, auf denen das neue Werkzeug bereits mit Erfolg eingesetzt werden kann: die Verarbeitung kommerzieller Unterlagen; Kontrolltechniken für Werkzeugmaschinen und ganze Werkstätten; automatische Übersetzung; Analyse wissenschaftlicher Information. Die Wissenschaftler erkennen aber auch die ungeheure Verantwortung, welche die elektronischen Rechenmaschinen — nach den A- und H-Bomben — mit sich bringen. „Wir haben die Pflicht“, sagte Prof. Aiken, „die Rechenmaschine im Interesse der Öffentlichkeit und der Gesellschaft im allgemeinen anzuwenden.“ Es wurden aber auch pessimistischere Stimmen laut, die darauf aufmerksam machten, daß die Maschine nicht ehrlicher arbeiten kann, als die Grundinformation es ist, die ihr der Mensch gibt. Wer kontrolliert den Wahrheitsgehalt dieser Information? Wer besitzt die Maschinen? Wer wacht über deren richtigen Gebrauch, um den Mißbrauch zu verhindern?

Theoretisch ist eine elektronische Rechenmaschine in der Lage, alle Schriften, die je in der Welt gedruckt und noch in Bibliotheken und Archiven aufbewahrt werden, „auswendig zu lernen“. Sie kann sogar Erfahrungen sammeln, lernen — und Urteile von sich geben. Sie kann Raketen auf andere Gestirne schicken und die Fabrikation von Maschinen leiten. Ob sie die Menschen auch dazu bringt, eine Ordnung zu schaffen, in welcher die Wunder der Technik auch wirklich zum Nutzen der Bevölkerung angewendet werden?

Bereits haben die meisten Naturwissenschaften, wie die Astronomie, die Geodäsie, die Korpuskularphysik, die Kristallographie, die Genetik, die Biometrie und die Medizin, durch die elektronischen Rechenmaschinen wesentliche Impulse empfangen. Der Direktor des Pariser Observatoriums, *Andre Danjon*, stellt diese Erfindung in ihrer Bedeutung neben jene der Brille und des Mikroskopes. „Das ehrgeizige Programm des internationalen Geophysikalischen Jahres“, versicherte er, „wäre ein glatter Wahnsinn gewesen, hätte man nicht die Gewißheit gehabt, die unzähligen Feststellungen, die auf dem ganzen Erdball registriert wurden, sehr schnell analysieren zu können.“

Die neue Technik ließ auch einen völlig neuen Wortschatz entstehen, der sich aus Bruchstücken aller Kultursprachen zusammensetzt.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Damit sich wenigstens die Wissenschaftler miteinander verständigen können, wird mit Hilfe der UNESCO ein internationales Wörterbuch der Elektronik geschaffen. Schließlich wurde auch die Gründung eines internationalen Ver-

bandes der Elektroniker beschlossen, dem die Aufgabe zufällt, den Erfahrungsaustausch der „Forscher kontinuierlich sicherzustellen, damit Doppelspurigkeiten vermieden werden können.

Bruno Kuster (Genf)